



54. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Gremium: Hauptausschuss
Sitzungstermin: Mittwoch, 30.03.2022, 17:00 Uhr
Ort, Raum: Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81,
14469 Potsdam

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 09.03.2022**

- 3 **Garnisonkirche/Rechenzentrum**

- 4 **aktuelle Situation Geflüchtete**

- 5 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung**
 - 5.1 **Belarus und das Minsk** Fraktion SPD
neue Fassung vom 09.03.2022
21/SVV/1259

 - 5.2 **Verkaufsoffene Sonn- und Feiertage frühzeitig bekannt geben** Fraktion Freie Demokraten
22/SVV/0147

 - 5.3 **Zusätzliche Außengastronomie weiterhin ermöglichen** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
22/SVV/0156

Stellungnahmen der Ausschüsse zur Sitzung des Hauptausschusses am
30. März 2022

TOP:

6.1 22/SVV/0142 Verlängerung der Mietverträge im Ausschuss für Kultur
Rechenzentrum Zustimmung 7:1:0 mit folgenden
Änderungen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen**, die **welche** Voraussetzungen dafür **zu geschaffen werden müssen**, **damit dass** die Mietverträge im Rechenzentrum über das Jahr 2023 hinaus verlängert werden können.

Dazu ist zu prüfen, ob und ggf. welche bau- und brandschutzrechtlichen Maßnahmen erforderlich sind, um die Nutzung mindestens bis 2025 fortzusetzen.

~~Die Stadtverordnetenversammlung~~ **Der Hauptausschuss** ist spätestens im ~~Mai~~ **Juni** 2022 über das Prüfergebnis zu informieren.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

21/SVV/1259

öffentlich

Betreff:

Belarus und das Minsk

Einreicher: Fraktion SPD

Erstellungsdatum: 16.11.2021

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

01.12.2021

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, mit dem Eigentümer bzw. Betreiber des im ehemaligen Terrassenrestaurant Minsk entstehenden Kunstraumes in Kontakt zu treten und eine zusätzliche Nutzung als Ort des Kontaktes nach Belarus und Minsk zu ermöglichen.

gez. Dr. Sarah Zalfen, Dr. Hagen Wegewitz

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Vor dem Hintergrund der einerseits zum Zeitpunkt der Entstehung des Minks bestehenden freundschaftlichen Beziehungen, aber auch der gegenwärtig durch die Menschenrechtslage belasteten Situation, soll dem mit der Namensgebung verbundenen Intention einer Verbundenheit mit Belarus und insbesondere der Hauptstadt Minsk wahrnehmbar Rechnung getragen werden. Damit kann eine Intention der Gründungsdirektorin Frau Paola Melavassi aufgegriffen werden, das Minsk als "Treffpunkt über die Kunst hinaus" zu verstehen. Die aktuelle Menschenrechtssituation in Belarus fordert eine entsprechende öffentliche Positionierung, die sich auch in der konkreten inhaltlichen Ausgestaltung/Nutzung widerspiegeln soll.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

21/SVV/1259

 öffentlichEinreicher: **Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen**Betreff: **Belarus und das Minsk**

Erstellungsdatum 09.03.2022

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
09.03.2022	Hauptausschuss		X

Neue Fassung:

Mit Freude sieht die Stadtverordnetenversammlung der Eröffnung des ehemaligen Terrassenrestaurants Minsk als Museum entgegen. Mit dem Ziel des Hauses, die DDR-Kunst-Sammlung von Hasso Plattner „in neuem Kontext“ zu zeigen und mit dem Café im Obergeschoss an den früheren städtischen Treffpunkt anzuknüpfen, wird ein weiterer herausragender Kulturort von überregionaler Bedeutung entstehen aber auch ein Identifikationsort der Potsdamer Stadtgesellschaft. War die im ursprünglichen Bau manifestierte Verbindung zwischen Minsk und Potsdam zunächst mit der Idee der Verständigung der Menschen beider Städte unter den damals herrschenden politisch-ideologischen Bedingungen verbunden, stellt sich die Anknüpfung heutzutage anders da. Die friedliche zivilgesellschaftliche Oppositionsbewegung in Belarus wie auch Kulturschaffende wurden und werden Repressionen des autokratischen Regimes des Landes ausgesetzt; viele wurden bereits inhaftiert. Aus der Potsdamer Kulturszene sind seit 2020 Solidaritätsbekundungen mit Belarus gegen das herrschende autokratische Regime laut geworden. Künstlerische Kontakte eint die Hoffnung auf und Arbeit an der Transformation. An den von der Wiedereröffnung des Minsk ausgehende kulturellen Impuls können kulturelle und andere zivilgesellschaftliche Initiativen anschließen. Entsprechende Aktivitäten in Potsdam sollen von der Landeshauptstadt Potsdam begrüßt, positiv aufgenommen und nach Möglichkeit unterstützt werden.

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

22/SVV/0147

öffentlich

Betreff:

Verkaufsoffene Sonn- und Feiertage frühzeitig bekannt geben

Einreicher: Fraktion Freie Demokraten

Erstellungsdatum: 14.02.2022

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
02.03.2022	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine möglichst weitreichende ordnungsbehördliche Verordnung der Landeshauptstadt Potsdam über Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus Anlass besonderer Ereignisse der Stadtverordnetenversammlung spätestens in der Sitzung im Mai 2022 zur Beschlussfassung vorzulegen. Hierbei soll der zulässige Rahmen des Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes (BbgLöG) weitestgehend ausgeschöpft werden.

Angestrebt werden in diesem Jahr auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam möglichst fünf verkaufsoffene Sonn- bzw. Feiertage (nicht erst zur Adventszeit). Die entsprechenden Tage sollten bereits in die im Mai 2022 vorzulegende Verordnung aufgenommen werden.

Idealerweise sollen die erforderlichen Verordnungen künftig nicht nur ein einzelnes besonderes Ereignis enthalten, sondern bereits die Planung des gesamten Jahres mit einer Vielzahl von attraktiven Ereignissen berücksichtigen, die verkaufsoffene Sonn- und Feiertage zulassen. Die Vorlage der Verordnung in der Stadtverordnetenversammlung wird künftig zu Beginn des entsprechenden Jahres angestrebt (ggf. auch schon zum Ende des Vorjahres).

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Insbesondere im bevorstehenden Frühjahr und Sommer ist damit zu rechnen, dass attraktive Festivitäten und Märkte im Stadtgebiet auch im größeren Rahmen – insbesondere unter freiem Himmel - endlich wieder stattfinden können. Entsprechende Aktivitäten müssen rechtzeitig geplant werden und die Händlerinnen und Händler wollen sich auf die geplanten Veranstaltungen frühzeitig einstellen, um ihre Läden auch an den entsprechenden Sonn- und Feiertagen öffnen zu können.

Die besonderen Ereignisse lt. BbgLÖG des gesamten Jahres 2022 sind schnellstmöglich zu identifizieren, die erforderliche Verordnung der Landeshauptstadt ist rechtssicher zu formulieren und rechtzeitig bekannt zu geben.

Auch künftig hilft es allen Beteiligten, wenn sie frühzeitig mit den erforderlichen Planungen beginnen können.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

22/SVV/0156

öffentlich

Betreff:

Zusätzliche Außengastronomie weiterhin ermöglichen

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum: 15.02.2022

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

02.03.2022 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Umwidmung von Parkplätzen und Straßenraum in Restaurantflächen zu ermöglichen.

gez.
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

Die Stadtverordnetenversammlung hat mit Beschluss der Vorlage 20/SVV/1017 („Zusätzliche Außengastronomie auch im Herbst und Winter ermöglichen“) ermöglicht, dass Potsdamer Gastronomen zusätzlicher Raum für Außengastronomie zugebilligt wurde.

Die Begründung der Drucksache 20/SVV/1017 ist weiterhin aktuell:

Die Umwidmung von Parkplätzen und Arealen der Fußgängerzone zu Restaurantflächen und Parklets war eine Maßnahme mit drei spürbaren Effekten:

1. Nach der Zeit des Lockdowns konnte wieder ein sicherer Besuch von Restaurants und Cafés stattfinden.
2. Die Potsdamer Gastronomie konnte ihre durch die Abstandsregeln eingeschränkten Kapazitäten deutlich erweitern.
3. Die Aufenthaltsqualität in den Straßen hat deutlich zugenommen. Der pandemieangepasste Weiterbetrieb sollte daher auch im Herbst und Winter möglich gemacht werden.

Ein erneuter Beschluss hilft den Gastronomen und erhöht erkennbar die Aufenthaltsqualität.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

22/SVV/0142

öffentlich

Betreff:

Verlängerung der Mietverträge im Rechenzentrum

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Erstellungsdatum: 14.02.2022

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

02.03.2022

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Mietverträge im Rechenzentrum über das Jahr 2023 hinaus verlängert werden können.

Dazu ist zu prüfen, ob und ggf. welche bau- und brandschutzrechtlichen Maßnahmen erforderlich sind, um die Nutzung mindestens bis 2025 fortzusetzen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist spätestens im Mai 2022 über das Prüfergebnis zu informieren.

Liane Enderlein und Uwe Rühling
Fraktionsvorsitzende

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Für die Nutzer*innen des Rechenzentrums sollte dringend Planungssicherheit geschaffen werden. Die Stadtverordnetenversammlung muss ein klares Signal dafür setzen, dass das Rechenzentrum bei der Entwicklung auf der Plantage funktional und baulich in seiner Substanz dauerhaft erhalten werden soll.

Bereits heute ist klar, dass das neu entstehende Kreativquartier nicht 2023 bezugsfertig sein wird. Schon deshalb ist eine Nutzung des Rechenzentrums über 2023 hinaus in jedem Falle erforderlich.

Bislang wurden vorrangig formale und brandschutzrechtliche Argumente gegen eine Verlängerung der Mietverträge vorgebracht. Allerdings machte der Oberbürgermeister auch deutlich, dass eine Lösung dieser Probleme möglich ist.

Der Grundstücksvertrag zwischen Landeshauptstadt Potsdam (LHP) und Stiftung Garnisonkirche Potsdam (SGP) sieht vor, dass die Stiftung der Verlängerung von Mietverträgen zustimmen muss. Allerdings darf diese Zustimmung nur verweigert werden, wenn die Flächen zur Durchführung eines unmittelbar bevorstehenden Bauabschnittes freigemacht werden müssen. Da die Stiftung den Bau des Kirchenschiffes inzwischen aufgegeben hat, sind die Voraussetzungen für eine Verlängerung der Mietverträge gegeben.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

22/SVV/0264

Betreff:
Personalbericht - I. 2022

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 21/SVV/1107

Erstellungsdatum 21.03.2022

Eingang 502: _____

Einreicher: GB 5 Zentrale Verwaltung

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
30.03.2022	Hauptausschuss

Inhalt der Mitteilung:

Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis:

Personalbericht - I. 2022

Der Personalbericht beinhaltet folgende Schwerpunkte:

Personalstruktur

Stellenwirtschaft und Personalkosten

Personalgewinnung

Betriebliches Gesundheitsmanagement – Beschluss 18/SVV/0780

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

Das **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als **Pflichtanlage** beizufügen.

Fazit finanzielle Auswirkungen:

 Oberbürgermeister

 Geschäftsbereich 1
--

 Geschäftsbereich 2
--

 Geschäftsbereich 3
--

 Geschäftsbereich 4
--

 Geschäftsbereich 5
--

--

Anlage:

Personalbericht

Berichterstattung

„Allgemeine Personalsituation“



Landeshauptstadt
Potsdam



Beschluss 21/SVV/1107
Hauptausschuss, 30.03.2022

Beschluss Personalberichtswesen

(21/SVV/1107, November 2021)



März: Allgemeine Personalsituation

- Personalstruktur
- Stellenwirtschaft und Personalkosten
- Personalgewinnung
- Betriebliche Gesundheitsförderung

November: Attraktive Arbeitgeberin

- Paritätische Besetzung der Fachbereichsleitungen
- Geteilte Führung
- Mentoring-Programm
- Entgeltgleichheit
- Väterbeteiligung
- Mobiles Arbeiten
- Arbeitgebermarketing

Allgemeine Personalsituation – Berichtsfokus



Die Kommunikation ist an strategischen Zielen ausgerichtet und befähigt alle Bürger* innen zur Teilhabe.



Wir sind eine Arbeitgeberin, die Parität und Weltoffenheit lebt



Die Mitarbeiter*innen sind gesund und arbeiten gerne in der Stadt für die Stadt



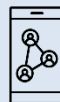
Die Verwaltung hat ihren Standort im Stadtgebiet gefunden und entwickelt diesen zu einer zukunftsorientierten Arbeitswelt



Mobiles Arbeiten ist eine selbstverständliche Arbeitsform neben der „Präsenzarbeit“



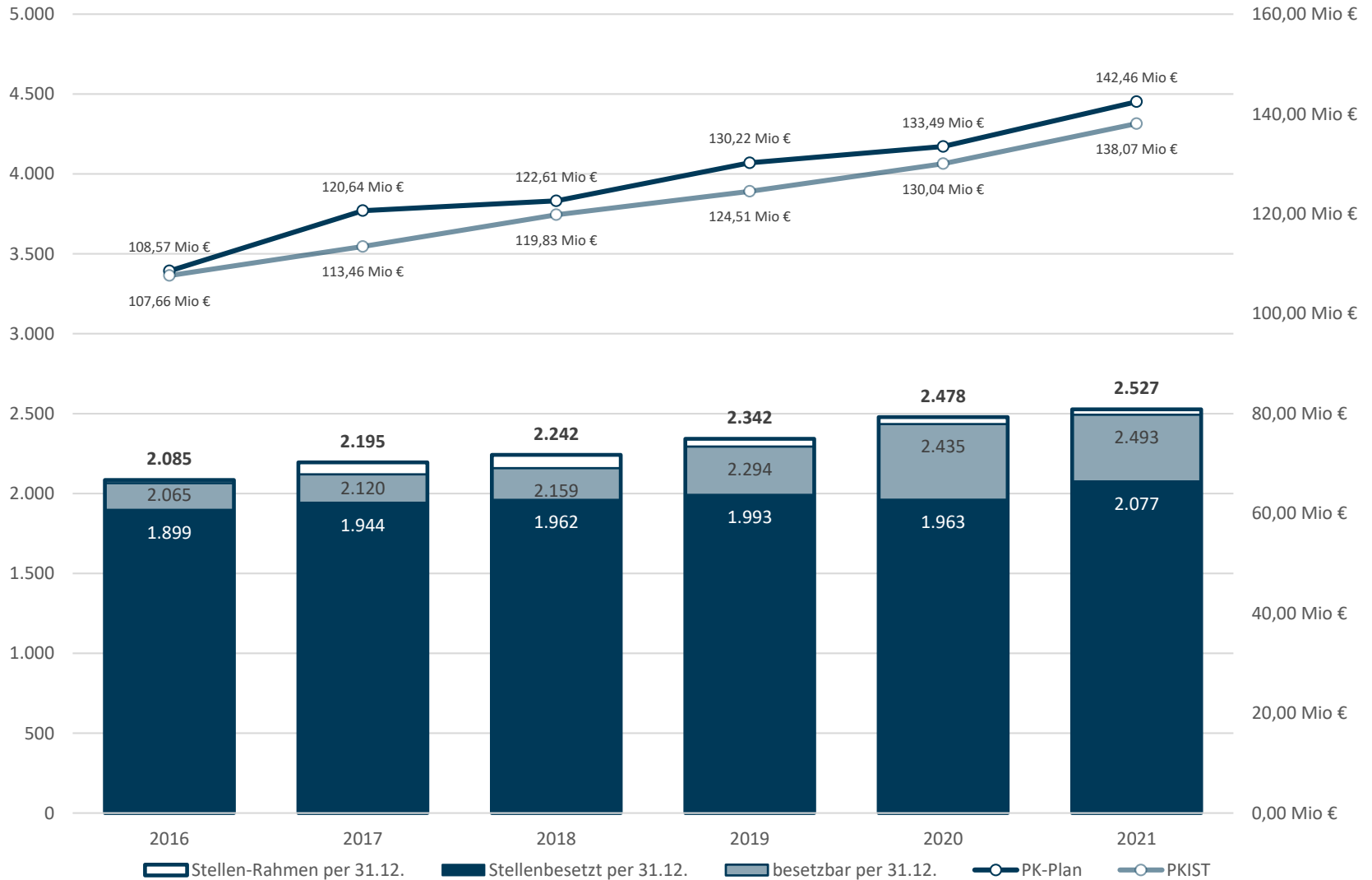
Wir entwickeln unsere IT-Landschaft auf der Grundlage einer IT- Strategie systematisch weiter



Die Verwaltungsleistungen sind für die Bürger*innen online verfügbar

Stellen- und Personalkostenentwicklung

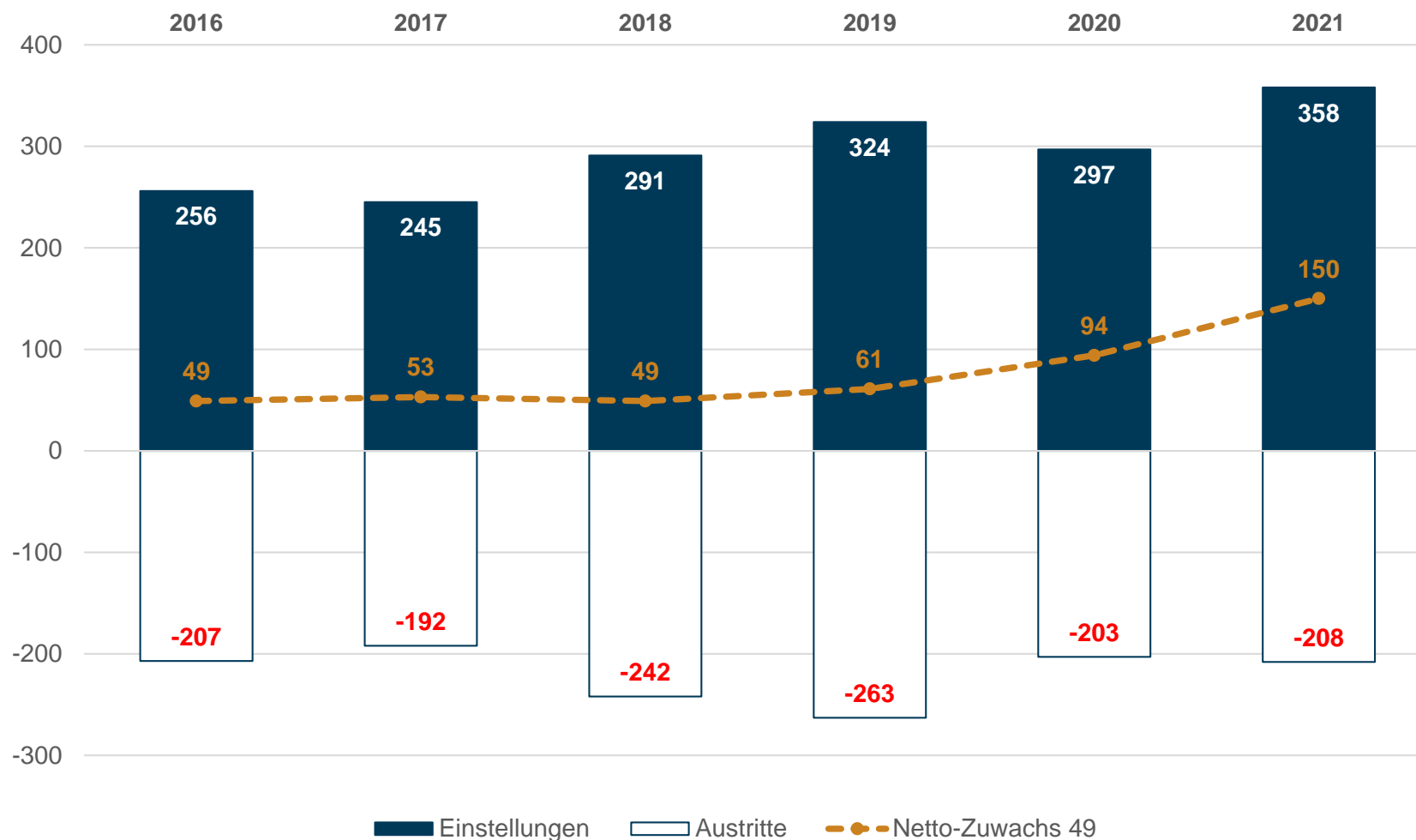
Stellenrahmenerweiterungen + Tarifsteigerungen



Personalgewinnung I

Kontinuierlich mehr Eintritte als Austritte, Tendenz steigend

Ein- und Austritte 2016- 2021



Personalgewinnung II

Stellenbesetzungsquote 2019-2021



Stichtag	Stellen- rahmen	besetzbar	besetzt	Stellenbesetzungs- quote	Nicht besetzt	davon 1,0 VZE (Vollzeit)
31.12.2016	2.111	2.077	1.914	92,2%	163	
31.12.2017	2.195	2.132	1.974	92,6%	158	
31.12.2018	2.242	2.122	1.952	92,0%	170	
31.12.2019	2.342	2.299	2.017	87,7%	282	
31.12.2020	2.477	2.422	2.033	83,9%	389	
31.12.2021	2.527	2.491	2.077	83,4%	408	321

Quelle LOGA-Auswertungsgenerator freie Stellenanteile; Stichtagsbezogen

Personalgewinnung III

Herausforderung: nicht planbare Austritte

Austrittsgründe	Anzahl 2021
Eigenkündigung durch Arbeitnehmende	74
Kündigung (AN-Rentenbezug)	42
Ende des Zeitvertrages	31
Erreichen Altersgrenze	25
einvernehmliche Beendigung	13
Wechsel innerhalb öff. Dienst	9
Versetzung in den Ruhestand	4
Ende Ausbildung	3
Lösung im Probemonat	3
Berufs-/ Erwerbsunfähigkeit	2
fristgerechte Kündigung	2
Ausscheiden durch Tod	0
fristlose Kündigung	0
personenbedingte fristgerechte Kündigung	0
Ende Probezeit	0
sonstiger Grund	0

Personalgewinnung IV

Herausforderung: Vom Arbeitgebermarkt zum Bewerbendenmarkt

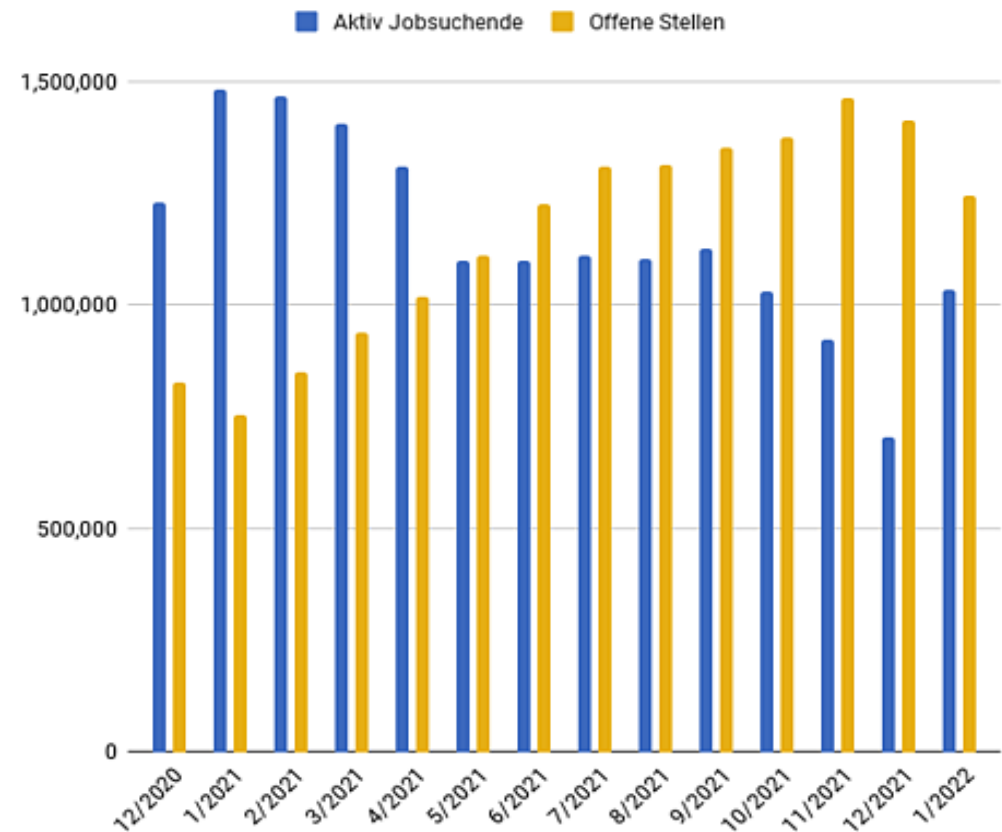


Gründe:

- demographischer Wandel/Fachkräftemangel
- veränderte Einstellungen Arbeitnehmende

Aktiv Jobsuchende vs. Offene Stellen in Deutschland

Quelle: HeyJobs Schätzung / GoogleTrends / Bundesagentur für Arbeit



Personalgewinnung V

LHP-Maßnahmen für den Bewerbendenmarkt am Start



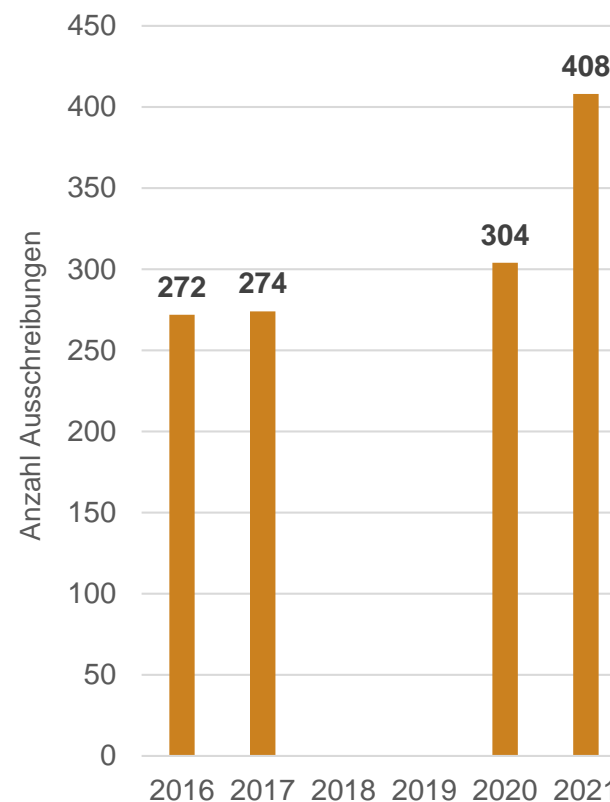
Foto: Pixabay

- **Personal FB 53:**
 - AG Personalgewinnung aufgebaut
 - seit 02/2022 Arbeitsgruppenleitung
- **Digitalisierung Stellenbesetzung:**
 - sukzessive Umstellung auf Online-Bewerbungen ab März 2021, seit Januar 2022 ausschließlich Online-Bewerbungsverfahren
 - seit Februar 2021 digitale Bewerbungsgespräche möglich

Personalgewinnung VI

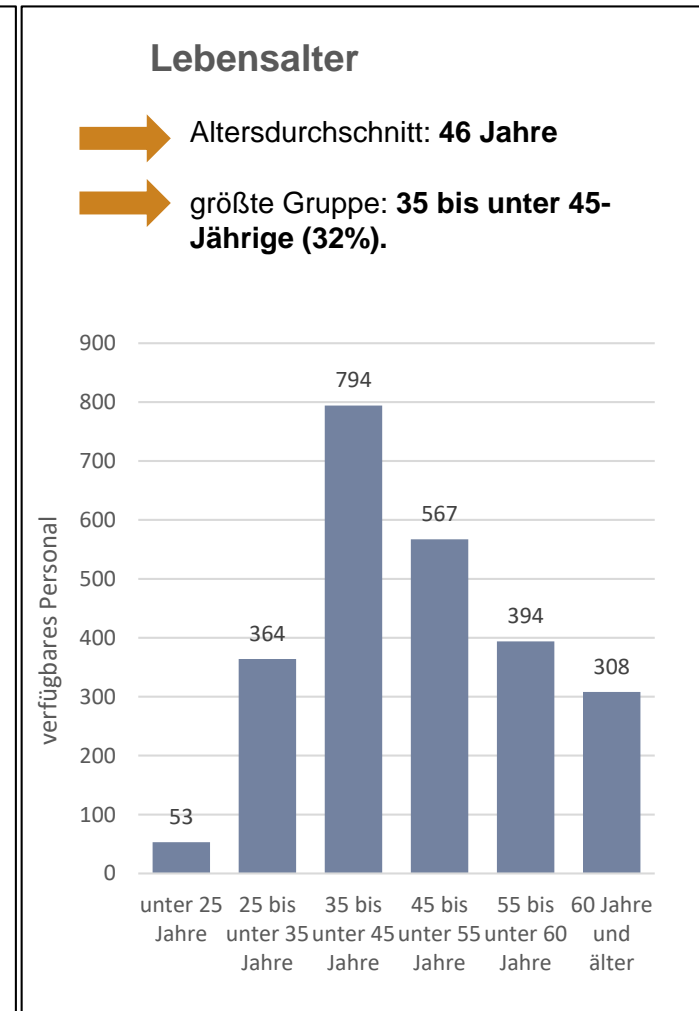
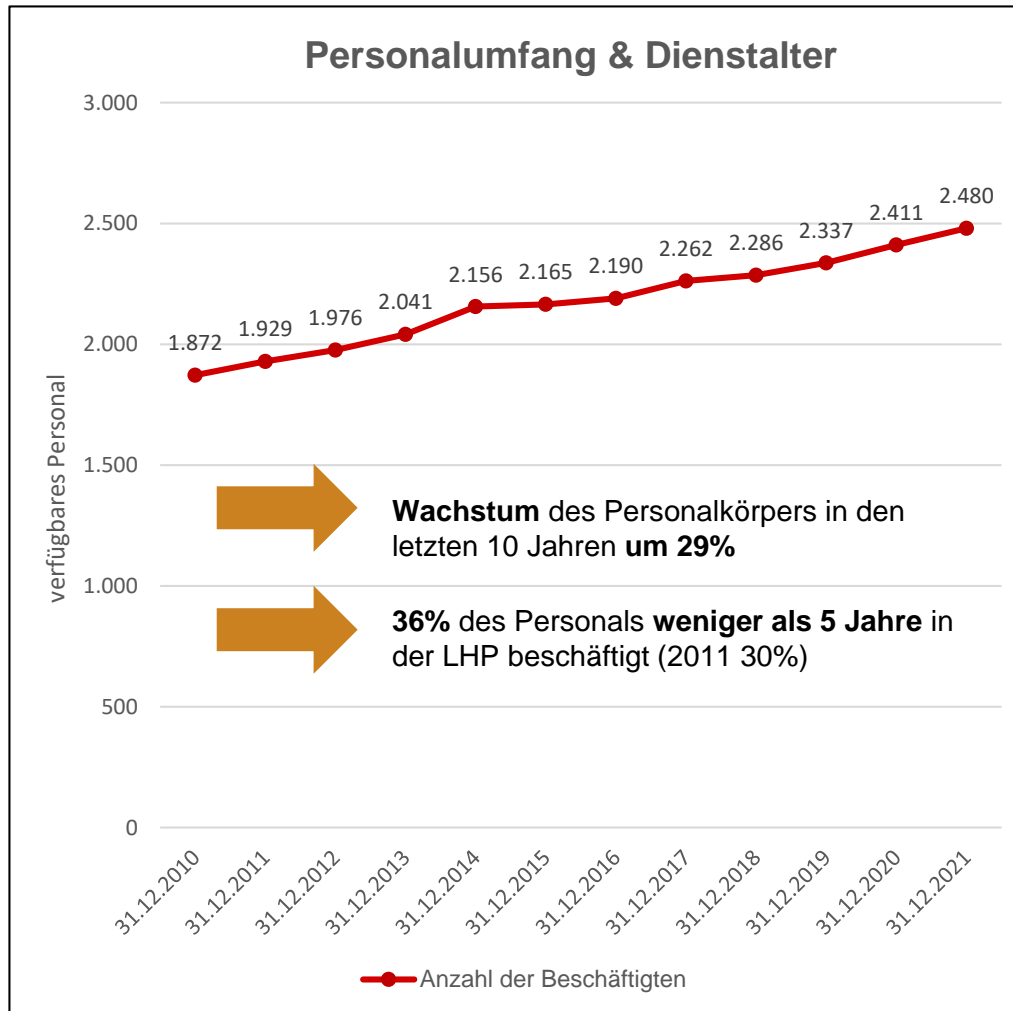
mehr Ausschreibungen, mehr Verfahren

- 2021 **34% mehr Stellenbesetzungsverfahren** als 2020
- 408 Ausschreibungen (7,8 Verfahren je KW) vs. 304 Ausschreibungen



Personalstruktur (31.12.21)

wachsend, dienstjung, mittelalt



Quelle: LHP, Bereich Statistik und Wahlen, erstellt am 15.02.2022

Interne Personalgewinnung

Nachwuchskanäle nutzen



	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021
Gesamt	50	58	58	61	68	76
Auszubildende	35	40	38	33	41	42
Berufsfachschüler	9	12	9	9	8	10
Dual Studierende	6	6	11	19	19	24

Ausbildungsberufe:

- Verwaltungsfachangestellte
- Vermessungstechnik
- Immobilienkaufleute
- Fachinformatiker*innen
- FAMI – Bibliothek/ FAMI – Archiv
- Kaufleute für Marketingkommunikation
- Erzieher*innen (neu ab 2022)
- Garten- und Landschaftsbau (neu ab 2022)

Berufsfachschüler:

- Notfallsanitäter*innen



Duale Studiengänge:

- Öffentliche Verwaltung
- Verwaltungsinformatik
- Bauingenieurswesen
- Infrastruktursysteme
- Geoinformation
- Soziale Arbeit (neu ab 2021)

Strategie „Stellenwirtschaft“

Stellenbesetzung – Abbau Bugwelle mit externer Unterstützung



Vergabe 1

- **Stellenausschreibungen → Bindung einer Medienagentur**

- Reichweite
- Zielgruppenspezifische Ansprache



Vergabe 2

- **Begleitung von Auswahlverfahren**

- Quantitäten erhöhen
- herausgehobene Qualität bei herausgehobenen Verfahren



Vergabe 3

- **Unterstützung bei der Erstellung von Stelldokumenten**

- Unterlagen aktualisieren
- Stelldokumente weiterentwickeln

Betriebliche Gesundheitsförderung I

Kontext und Auftrag

„Die Arbeitswelt unterliegt einem steten Wandel. Bedingungen, auf die sich Unternehmen und Beschäftigte zunehmend einstellen müssen sind u.a.:

- Verbreitung neuer Informationstechnologien
- Veränderungen der Beschäftigungsverhältnisse und –formen (betr. Arbeitsverträge, Teilzeitarbeit, Telearbeit)
- längere Lebensarbeitszeit als Folge der demografischen Entwicklung
- wachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors
- kontinuierliche Umstrukturierungen in den Unternehmen ...
- Zunahme chronischer Erkrankungen

Der künftige Unternehmenserfolg hängt von qualifizierten, motivierten und gesundheitsbewussten Mitarbeitenden ab.“

Betriebliche Gesundheitsförderung II

Krankenstand unauffällig und eher rückläufig



Durchschnittliche Krankentage (inkl. Kuren/Rehas) pro MA in Arbeitstagen

	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	gesamt
2016	6,9	6,8	5,3	6,8	25,8
2017	8,9	5,2	4,3	6,0	24,4
2018	7,9	5,6	5,9	6,8	26,2
2019	7,2	5,6	5,7	5,9	24,4
2020	7,9	5,4	5,5	6,6	25,4
2021	5,7	4,9	5,3	7,3	23,2

Corona

Krankenstand im ersten Halbjahr 2021 gegenüber Vorjahren deutlich gesunken.

Krankenstand im 4. Quartal 2021 gestiegen



Aufgrund der positiven Entwicklung im 1. Halbjahr 2021 liegt der Krankenstand insgesamt unter dem Niveau der Vorjahre.

Betriebliche Gesundheitsförderung III

Überlastungsanzeigen eher unauffällig



	2018	2019	2020	2021
Überlastungsanzeigen gesamt	62	47	31	33
davon Einzelanzeigen	51	41	26	26
davon Gruppenanzeigen und <i>betroffene Mitarbeitende</i>	11 136	6 68	5 28	7 66
Anteil der betroffenen Mitarbeitenden an den Gesamtbeschäftigten in % (verfügbares Personal per 31.12.)	8,13	4,66	2,24	3,71

Zentrale Gesundheitsangebote

Arbeitszeit

Für alle

- **2019:** Gesundheitstag in Kooperation mit Krankenkassen und Sozialverbänden
- **2019:** Workshops
- Froach – digitale Plattform
- webbasierte Mini-Bewegungspause

Für langjährig Beschäftigte

- **2019 + 2020:** Forum Gesunde Lebensmittel

Für Führungskräfte

- **2019, 2020, 2021:** Workshop-Reihe „Führungsfaktor Gesundheit“
- **2021:** Digitales Coaching „Führung auf (räumliche) Distanz“

Freizeit

Bewegungs- und Entspannungskurse VHS

Schwimmen

Betriebs-sportgruppen

Nordic Walking/Mobile Pause

„Die Mitarbeitenden sind gesund und arbeiten gern in der Stadt und für die Stadt.“ – Ausblicke...



1. Pandemie als Energieschub und Brennglas für die betriebliche Gesundheitsförderung
 2. ganzheitliche Gesundheit – ganzheitliche Instrumente
 3. Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM), Pandemiemanagement, Arbeitsschutz und Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) weiterentwickeln
- ✓ Handlungsempfehlung für Führungskräfte in der Corona-Pandemie
 - ✓ Umfrage „Zwischen Arbeitslust und Arbeitslast“ (1.000 befragte Mitarbeitende/Führungskräfte)
 - ✓ Neue Dienstvereinbarung „Mobile Arbeitstage“
 - ✓ Aufwertung des Arbeitsschutzes (u.a. Arbeitsschutzausschuss)
 - ✓ Verzahnung Arbeitsschutz und BEM sowie Novellierung Dienstvereinbarung BEM

Allgemeine Personalsituation – Zusammenfassende Thesen



- Die richtigen Weichen für eine zukunftsfeste Personal- und Organisationsarbeit sind gestellt.
- Die Personalgewinnung folgt der Strategie „Eintritte maximieren – Austritte minimieren“.
- Die Eintritte stehen bislang für die Zielerreichung „Attraktive Arbeitgeberin“ im Vordergrund und werden mit der zukünftigen Unterstützung durch externe Dienstleistungen maximiert.
- Die Bindung des Personals wird mehr in den Vordergrund rücken, u.a. die Weiterentwicklung der Betrieblichen Gesundheitsförderung auf Grundlage der LHP-Umfrage „Zwischen Arbeitslust und Arbeitslast“.
- Die Berichterstattung „Allgemeine Personalsituation“ (März) und „Attraktive Arbeitgeberin“ (November) basiert auf einem aufzubauenden systematischen Controlling „Personal und Organisation in der LHP“.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1** **Eröffnung der Sitzung**

- 2** **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über
eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils
der Sitzung vom 09.03.2022**

- 3** **Garnisonkirche/Rechenzentrum**

- 4** **aktuelle Situation Geflüchtete**

- 5** **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung**
 - 5.1 Belarus und das Minsk
Vorlage: 21/SVV/1259
Fraktion SPD
neue Fassung vom 09.03.2022

 - 5.2 Verkaufsoffene Sonn- und Feiertage frühzeitig bekannt geben
Vorlage: 22/SVV/0147
Fraktion Freie Demokraten

 - 5.3 Zusätzliche Außengastronomie weiterhin ermöglichen
Vorlage: 22/SVV/0156
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 6** **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 6.1 Verlängerung der Mietverträge im Rechenzentrum
Vorlage: 22/SVV/0142
Fraktion DIE aNDERE

- 7** **Mitteilungen der Verwaltung**
 - 7.1 Personalbericht - I. 2022
Vorlage: 22/SVV/0264
Oberbürgermeister, Fachbereich Personal und Organisation

 - 7.2 Bericht bzgl. der Dokumentation der Entstehung des Bornstedter Feldes
gemäß Beschluss: 21/SVV/0956

 - 7.3 Information bzgl. keine sexistische Werbung in Potsdam / bei Auftragnehmern
städtischer Unternehmen
gemäß Beschluss: 21/SVV/1066

8 Sonstiges

Niederschrift:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 09.03.2022

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung schlägt er eine **Änderung der Reihenfolge** vor, indem der TOP 4 „aktuelle Situation Geflüchtete“ vor dem TOP 3 „Garnisonkirche/Rechenzentrum aufgerufen wird sowie den TOP 5.2, betr.: Verkaufsoffene Sonn- und Feiertage frühzeitig bekannt geben, DS 22/SVV/0147 **zurückzustellen** aufgrund des Antrages von Herrn Teuteberg, der zur heutigen Sitzung entschuldigt ist.

Im Weiteren schlägt er vor, die Tagesordnung **um das Thema** „Umgang mit der Situation im Bürgerservice“ **zu erweitern** und vor dem TOP 5 aufzurufen sowie auf Wunsch der Fraktion SPD, Herrn Heuer, im TOP 8, Sonstiges, über das Thema „Biosphäre“ zu informieren. Auf Nachfrage zu weiteren Themenwünschen, bittet Frau Hüneke die Zuordnung Erinnerungskultur und Herr Dr. Scharfenberg die rauchfreien Haltestellen zu thematisieren.

Die so **geänderte Tagesordnung** wird zur Abstimmung gestellt und mehrheitlich **bestätigt**.

Zur **Niederschrift** der 53. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 09.03.2022 gibt es keine Hinweise; sie wird mit 14 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung **bestätigt**.

zu 4 aktuelle Situation Geflüchtete

Eingangs informiert der Oberbürgermeister, dass die Landeshauptstadt Potsdam mit 2.600 Geflüchteten rechnen müsse. Für die Planungsarbeit werde die Grundlage von 2.000 Personen genommen, davon 2/3 Kinder.

Herr Richter, Werkleiter Kommunalen Immobilien Service und Stabsbereich Unterbringung, führt anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) zur Stabsarbeit aus.

Im Weiteren berichten die Beigeordneten zur aktuellen Situation von Geflüchteten über folgende Themen:

- der Oberbürgermeister, stellvertretend für Herrn Exner, Beigeordneter für Finanzen, Investitionen und Controlling zu den finanziellen Herausforderungen und dem Personalbedarf;
- Frau Aubel, Beigeordnete für Bildung, Kultur, Jugend und Sport zu unbegleiteten Minderjährigen und Hilfen zur Erziehung; Kindertagesbetreuung; Schule – insbesondere zum Anmeldeverfahren für die Schüler:innen und Einrichtung von Vorbereitungsgruppen; Schülerspeisung; Erweiterte (Integrations-) Angebote;
- Herr Krawinkel stellvertretend für Frau Meier, Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit zu Mehrbedarfe im Geschäftsbereich; Grundlagen der Bedarfsermittlungen sowie dauerhafte Unterbringung/Wohnungsbau.

Anschließend beantwortet der Oberbürgermeister Nachfragen der Hauptausschussmitglieder und verweist auf die AG Asyl, die wie in 2015 im Vorfeld des Hauptausschusses im 14-tägigen Rhythmus wieder tagen wird. Zum Abschluss berichtet Herr Richter, auf Bitte des Oberbürgermeisters, über die Metropolis Halle. Das Prüfergebnis sei die Planung als Großunterkunft; weitergehende Informationen gebe es im nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

zu 3 Garnisonkirche/Rechenzentrum

Der Oberbürgermeister informiert über die zwischenzeitlich stattgefundene Kuratoriumssitzung. Im Ergebnis wurde die Prüfung durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft entschieden, die sowohl das Konzept und die Finanzierung der Stiftung und des Turms prüft und anschließend werde das Prüfergebnis der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Im Weiteren wurde die rechtliche Prüfung ausgeschrieben; die Machbarkeitsstudie werde daher erst einmal zurückgestellt. Anschließend beantwortet der Oberbürgermeister die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder und auf die Bitte eines regemäßigen Berichts des Kuratoriums zur Finanzlage, betont der Oberbürgermeister, dass für diesen neuen Auftrag ein Beschluss der Stadtverordneten erforderlich sei.

neu Umgang mit der Situation im Bürgerservice

Der Oberbürgermeister informiert anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) zur Weiterentwicklung der Serviceoffensive des Bürgerservice. Insbesondere führt er zur möglichen Raumerweiterung auf zwei Ebenen und zusätzlichen Räumen im Erdgeschoss des Rathauses sowie der Ausstattung mit zusätzlichen Schalterarbeitsplätzen aus und zu Lösungsansätzen für personelle Maßnahmen, Neuerungen zur Terminvergabe und technischer Ausstattung. Abschließend beantwortet er Nachfragen der Hauptausschussmitglieder.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung

zu 5.1 Belarus und das Minsk

Vorlage: 21/SVV/1259

Fraktion SPD

neue Fassung vom 09.03.2022

Herr Heuer bringt den Antrag in der neuen Fassung vom 09.03.2022 ein. Da kein Redebedarf besteht, wird der Antrag in der neuen Fassung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Mit Freude sieht die Stadtverordnetenversammlung der Eröffnung des ehemaligen Terrassenrestaurants Minsk als Museum entgegen. Mit dem Ziel des Hauses, die DDR-Kunst-Sammlung von Hasso Plattner „in neuem Kontext“ zu zeigen und mit dem Café im Obergeschoss an den früheren städtischen Treffpunkt anzuknüpfen, wird ein weiterer herausragender Kulturort von überregionaler Bedeutung entstehen aber auch ein Identifikationsort der Potsdamer Stadtgesellschaft.

War die im ursprünglichen Bau manifestierte Verbindung zwischen Minsk und Potsdam zunächst mit der Idee der Verständigung der Menschen beider Städte unter den damals herrschenden politisch-ideologischen Bedingungen verbunden, stellt sich die Anknüpfung heutzutage anders dar. Die friedliche zivilgesellschaftliche Oppositionsbewegung in Belarus wie auch Kulturschaffende wurden und werden Repressionen des autokratischen Regimes des Landes ausgesetzt; viele wurden bereits inhaftiert.

Aus der Potsdamer Kulturszene sind seit 2020 Solidaritätsbekundungen mit Belarus gegen das herrschende autokratische Regime laut geworden. Künstlerische Kontakte eint die Hoffnung auf und Arbeit an der Transformation.

An den von der Wiedereröffnung des Minsk ausgehenden kulturellen Impuls können kulturelle und andere zivilgesellschaftliche Initiativen anschließen. Entsprechende Aktivitäten in Potsdam sollen von der Landeshauptstadt Potsdam begrüßt, positiv aufgenommen und nach Möglichkeit unterstützt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	5

zu 5.2 Verkaufsoffene Sonn- und Feiertage frühzeitig bekannt geben

Vorlage: 22/SVV/0147

Fraktion Freie Demokraten

Zurückgestellt – Aufnahme in die Tagesordnung der 55. Sitzung des Hauptausschusses am 27.04.2022.

zu 5.3 Zusätzliche Außengastronomie weiterhin ermöglichen

Vorlage: 22/SVV/0156

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Armbruster bringt den Antrag ein. Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, verweist auf die Änderung der Begrifflichkeit „Umwidmung“ in „Umnutzung“ und erörtert den Unterschied. Daraufhin beantragt Frau Armbruster namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diese Änderung. Anschließend wird der so geänderte Antrag zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Umnutzung von Parkplätzen und Straßenraum in Restaurantflächen zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 1

Stimmhaltung: 2

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 6.1 Verlängerung der Mietverträge im Rechenzentrum

Vorlage: 22/SVV/0142

Fraktion DIE aNDERE

Eingangs verweist der Oberbürgermeister auf das Votum des Ausschusses für Kultur (das allen Hauptausschussmitgliedern vorliegt), der dem Antrag in geänderter Fassung mit 7:1:0 Stimmen zugestimmt hat. Nach einer kurzen Diskussion der Hauptausschussmitglieder wird der Antrag mit den vom Ausschuss für Kultur empfohlenen Änderungen zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen, die welche** Voraussetzungen dafür zu **geschaffen werden müssen, damit** dass die Mietverträge im Rechenzentrum über das Jahr 2023 hinaus verlängert werden können.

Dazu ist zu prüfen, ob und ggf. welche bau- und brandschutzrechtlichen Maßnahmen erforderlich sind, um die Nutzung mindestens bis 2025 fortzusetzen.

~~Die Stadtverordnetenversammlung~~ **Der Hauptausschuss** ist spätestens im **Mai Juni** 2022 über das Prüfergebnis zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	11
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	0

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung**zu 7.1 Personalbericht - I. 2022****Vorlage: 22/SVV/0264**

Oberbürgermeister, Fachbereich Personal und Organisation

Frau Dr. Kletzing, Fachbereichsleiterin Personal und Organisation, erläutert die Mitteilungsvorlage. Nach Beantwortung einiger Nachfragen der Hauptausschussmitglieder wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

**zu 7.2 Bericht bzgl. der Dokumentation der Entstehung des Bornstedter Feldes
gemäß Beschluss: 21/SVV/0956**

Zu diesem Tagesordnungspunkt informiert Frau Stolzmann, Bereichsleiterin Stadterneuerung, dass die Verwaltung sich mit dem Entwicklungsträger über eine Dokumentation in drei Bausteinen abgestimmt habe:

1. Baustein: Abschlussbericht mit Zielen quartalsweise darstellen; Evaluierung und Ergebnisse der Haushaltsbefragungen darlegen sowie einer Kosten- und Finanzierungübersicht.

2. Baustein: Ausstellung; vor Ort sowie als Online-Angebot.

3. Baustein: Fachliche Reflektion für einen Diskurs sowie Stadtteilstoff.

Die Finanzierung aus dem Treuhandvermögen ist vorgesehen. Im Übrigen sei die Verwaltung für weitere Anregungen und Wünsche offen.

**zu 7.3 Information bzgl. keine sexistische Werbung in Potsdam / bei
Auftragnehmern städtischer Unternehmen
gemäß Beschluss: 21/SVV/1066**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erklärt Herr Jetschmanegg, Dezernent des Geschäftsbereiches Zentrale Verwaltung, dass die Verwaltung den Auftrag, gemäß Beschluss 21/SVV/1066, gänzlich umgesetzt habe. Nachfragen werden nicht gestellt.

zu 8 Sonstiges**neu: Biosphäre**

Herr Kümmel, Leiter der Geschäftsstelle Bauen und Projekte, erklärt, dass am gestrigen Tag mit dem Entwicklungsträger ein Auftrag zur Prüfung der Kalthalle erteilt wurde. In den entsprechenden Ausschüssen werde es Ende April und im Mai eine Berichterstattung geben, so dass die Stadtverordneten im Juni eine

Entscheidung fällen können. Er betont, die Notwendigkeit eines entsprechenden Beschlusses.

neu: Verlagerung der Ehrenamtskoordination

Der Oberbürgermeister informiert über die Verlagerung des Fachbereiches Kommunikation und Partizipation mit dem Bereich Partizipation und Tolerantes Potsdam zum Bereich des Oberbürgermeisters und der damit verbundenen Strukturanpassung. Die Schnittstelle Erinnerungsarbeit und Demokratie sei ein Grund gewesen, Herrn Büloff in den Bereich Partizipation und Tolerantes Potsdam mit aufzunehmen, denn er war schon in der Vergangenheit mit Aufgaben zur Vorbereitung von Gedenkveranstaltungen eingebunden. Der Oberbürgermeister sagt zu, dass Herr Büloff weiterhin für das fachliche Votum in Ausschüssen, wie dem Ausschuss für Kultur, zur Verfügung stehen werde.

neu: Rauchfreie Haltestellen

Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, erklärt, dass der Beschlussauftrag nicht ganz so zügig umgesetzt werden konnte, nun aber Ende Mai mit dem Verkehrsbetrieb erfolge. Vorgesehen sei, mit 10 Haltestellen, die zusammen mit der ViP GmbH ausgewählt wurden, zu starten. Mitte des Jahres 2023 werde er zur Funktionalität berichten.



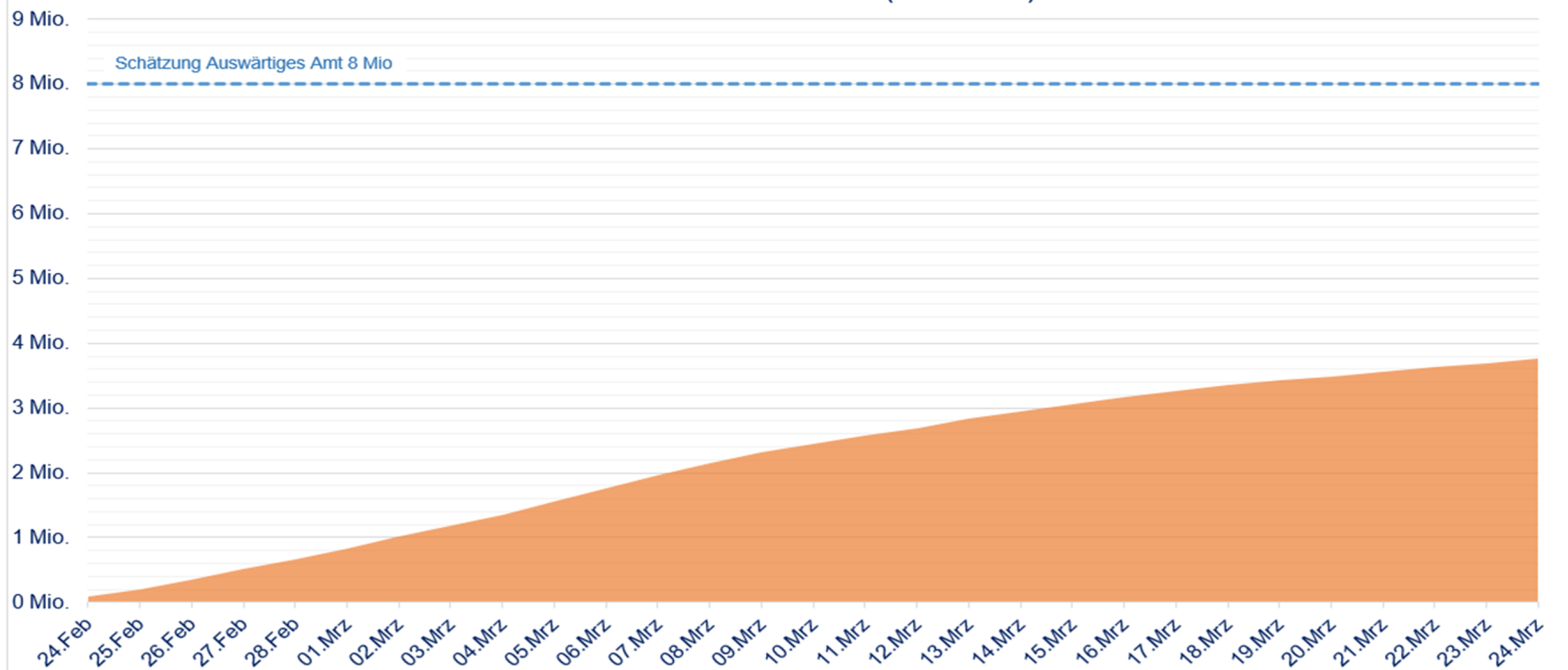
Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit

Ukraine-Hilfe

Information des Hauptausschuss am 30.03.2022

Laut UNHCR haben bisher (Stand 24.03.22) über 3,76 Millionen Geflüchtete die Ukraine verlassen. Das Bundesaußenministerium geht in Schätzungen im Verlauf der Ukraine Krise von bis zu 8 Mio. Geflüchteten in den EU- Raum aus. Bundesaußenministerin Baerbock und Ministerpräsident Woidke rechnen mit 40.000 Geflüchteten für BrB.

Gesamtzahl Geflüchtete (Kumulativ)



Zuweisungssoll und Anträge in der Landeshauptstadt Potsdam

Mit Stand vom 17.03. 2022

beträgt das offizielle Aufnahmesoll laut Königsteiner Schlüssel 1.161

Bei 40.000 Geflüchteten für das Land Brandenburg 2.600

Bis 25.03.2022

1.839 Vorsprachen Geflüchteter in der ABH

1.182 Anträge nach AsylbLG im FB Soziales und Inklusion

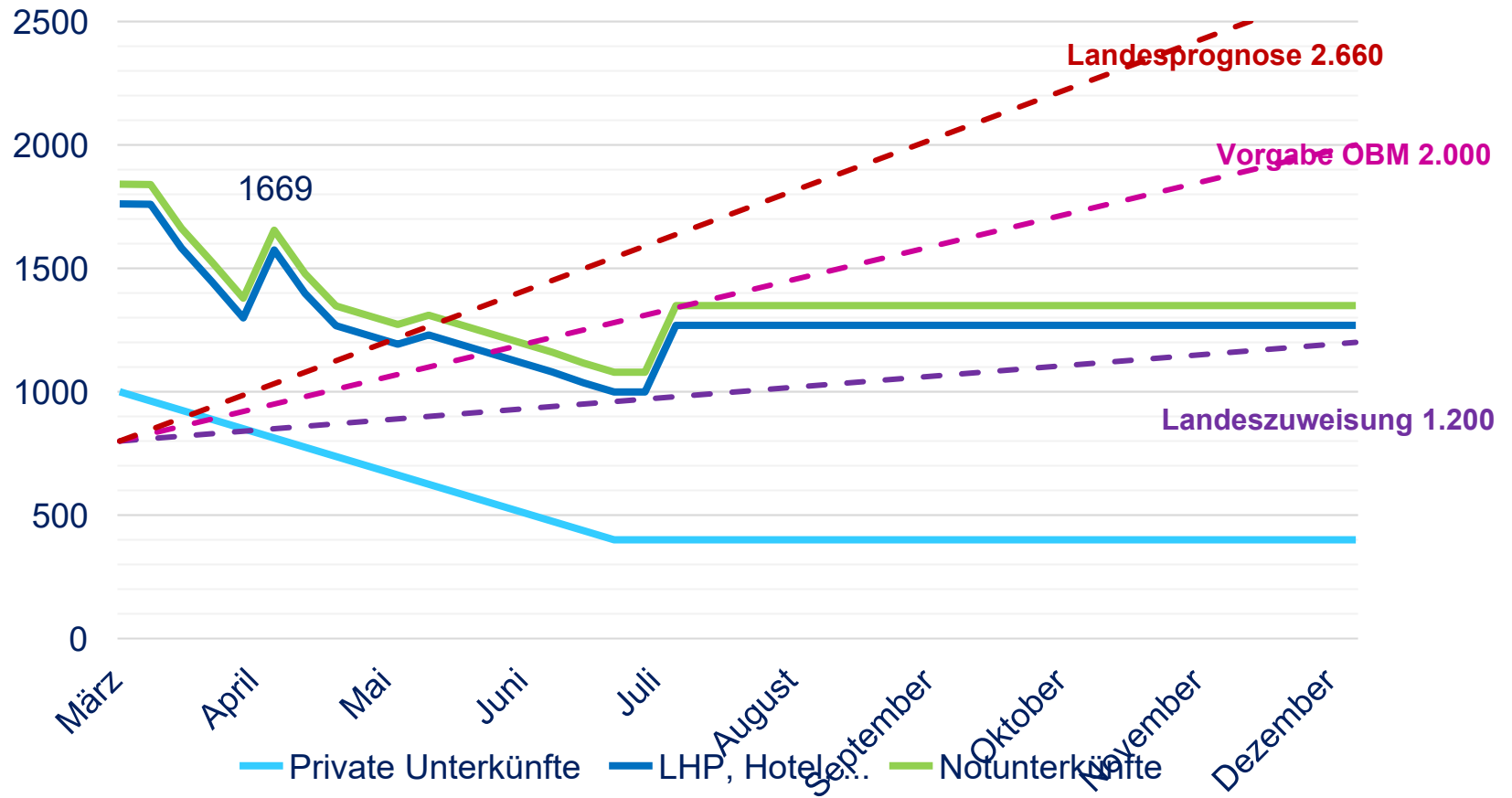
521 Anträge sind ausgezahlt.

Kapazitäten zur Unterbringung

- Kapazitäten Verfügbar: 1669 in 34 Objekten
- Kapazitäten in Planung: 512 in 7 Objekten (ab 2023)

- Nutzung von Bürgerhäusern nur im Notfall.

- Laufende Prüfung weiterer Objekte zur Unterbringung.



Aktuell

Die Hotels müssen perspektivisch freigezogen werden.

Geflüchtete die

- Verwandte in Potsdam haben
- zum vulnerablen Personenkreis zählen
- der Landeshauptstadt Potsdam zugewiesen sind

sollen in Potsdam untergebracht werden.

Zukünftig müssen Geflüchtete, die in Potsdam angekommen sind, Bundesweit weiterverteilt werden.



Vielen Dank für die Aufmerksamkeit



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

BESCHLUSS

der 54. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 30.03.2022

Belarus und das Minsk
Vorlage: 21/SVV/1259

Mit Freude sieht die Stadtverordnetenversammlung der Eröffnung des ehemaligen Terrassenrestaurants Minsk als Museum entgegen. Mit dem Ziel des Hauses, die DDR-Kunst-Sammlung von Hasso Plattner „in neuem Kontext“ zu zeigen und mit dem Café im Obergeschoss an den früheren städtischen Treffpunkt anzuknüpfen, wird ein weiterer herausragender Kulturort von überregionaler Bedeutung entstehen aber auch ein Identifikationsort der Potsdamer Stadtgesellschaft.

War die im ursprünglichen Bau manifestierte Verbindung zwischen Minsk und Potsdam zunächst mit der Idee der Verständigung der Menschen beider Städte unter den damals herrschenden politisch-ideologischen Bedingungen verbunden, stellt sich die Anknüpfung heutzutage anders dar. Die friedliche zivilgesellschaftliche Oppositionsbewegung in Belarus wie auch Kulturschaffende wurden und werden Repressionen des autokratischen Regimes des Landes ausgesetzt; viele wurden bereits inhaftiert.

Aus der Potsdamer Kulturszene sind seit 2020 Solidaritätsbekundungen mit Belarus gegen das herrschende autokratische Regime laut geworden. Künstlerische Kontakte eint die Hoffnung auf und Arbeit an der Transformation.

An den von der Wiedereröffnung des Minsk ausgehenden kulturellen Impuls können kulturelle und andere zivilgesellschaftliche Initiativen anschließen. Entsprechende Aktivitäten in Potsdam sollen von der Landeshauptstadt Potsdam begrüßt, positiv aufgenommen und nach Möglichkeit unterstützt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	5

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder des Hauptausschusses von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Originalbeschluss wird eine Seite beigelegt.

Potsdam, den 31. März 2022

Ziegenbein
Leiterin des Büros

Stempel



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

BESCHLUSS
der 54. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 30.03.2022

Zusätzliche Außengastronomie weiterhin ermöglichen
Vorlage: 22/SVV/0156

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Umnutzung von Parkplätzen und Straßenraum in Restaurantflächen zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	11
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	2

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder des Hauptausschusses von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Originalbeschluss wird eine Seite beigefügt.

Potsdam, den 31. März 2022

Ziegenbein
Leiterin des Büros

Stempel



Weiterentwicklung Serviceoffensive Bürgerservice

Landeshauptstadt Potsdam

Ausgangslage

- Auftrag der SVV vom 27.10.2021
- Präsentation der Situation und der veranlassten Maßnahmen im Hauptausschuss am 23.02.2022
- (Massnahmen müssen erst greifen können)
- Für eine zügige und dauerhafte Verbesserung bedarf es jedoch weiterer Veränderungen und kurzfristiger Entscheidungen.
- Insbesondere Folgen der Corona-Pandemie (Reiseflaute) spürbar
- Hinzu kommen Auswirkungen auf das Pass- und Meldewesen durch den Krieg in der Ukraine.

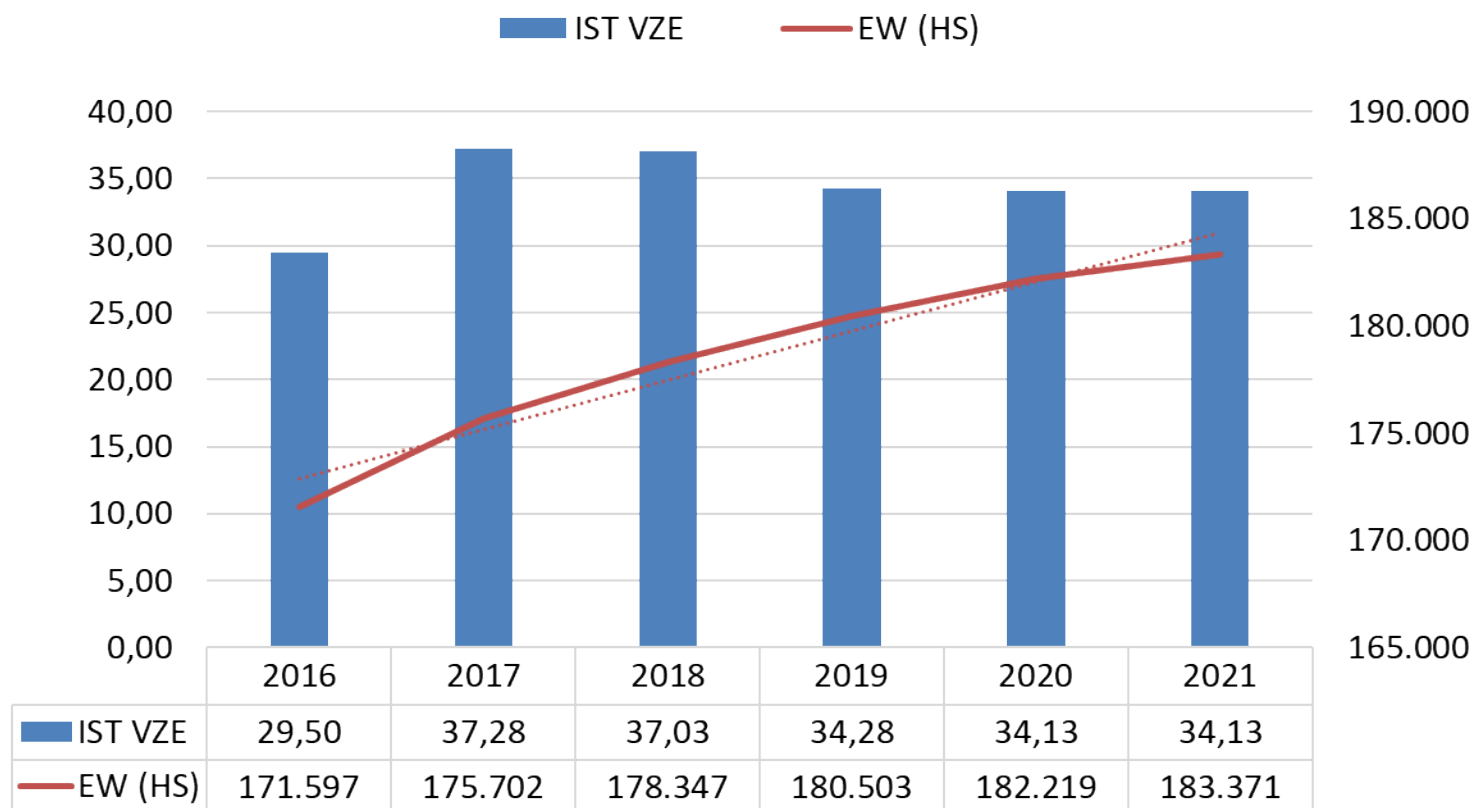
Wachsende Stadt Einwohner mit Hauptwohnsitz

Stichtag Jahr	31.12.
2004	144.544
2005	146.430
2006	147.716
2007	149.687
2008	151.725
2009	153.117
2010	155.354
2011	157.361
2012	159.067
2013	161.097
2014	163.668
2015	167.505
2016	171.597
2017	175.702
2018	178.347
2019	180.503
2020	182.219
2021	183.371

12,04 % Zuwachs
2014 – 2021

Einwohner mit Hauptwohnsitz zu IST-VZE

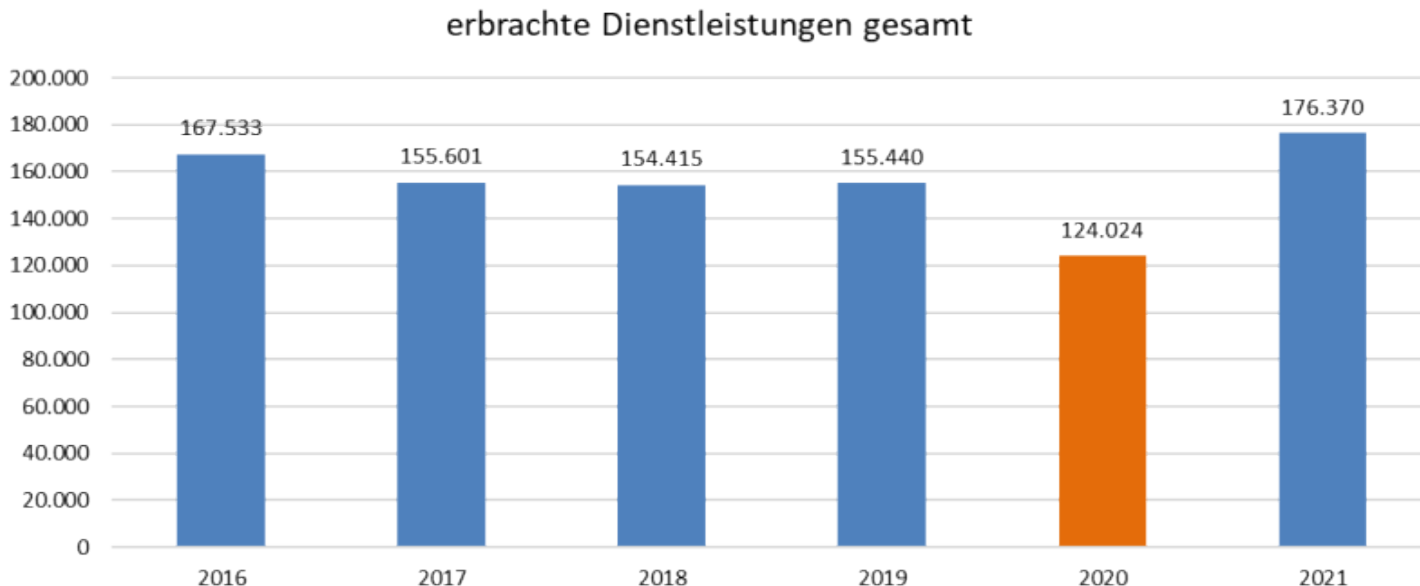
Bevölkerungsanstieg um 12,04 Prozent
VZE-Stellen- Anstieg um 2,84 Prozent



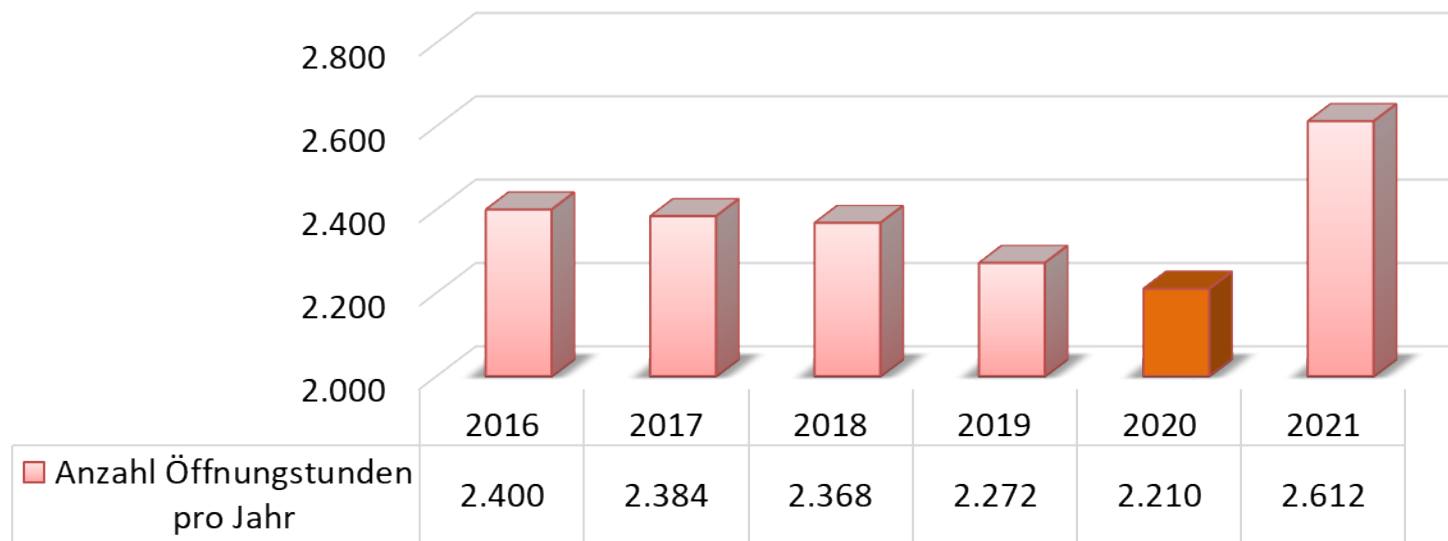
Mehr Dienstleistungen, die die Schalterzeiten verlängern

- Rechtsnormänderungen
- Einführung Fingerprint
- eID für Unionsbürger
- Anstieg Anzahl Bewohnerparkzonen
- Umtausch Führerschein, Fahrerkarten - Berufskraftfahrer

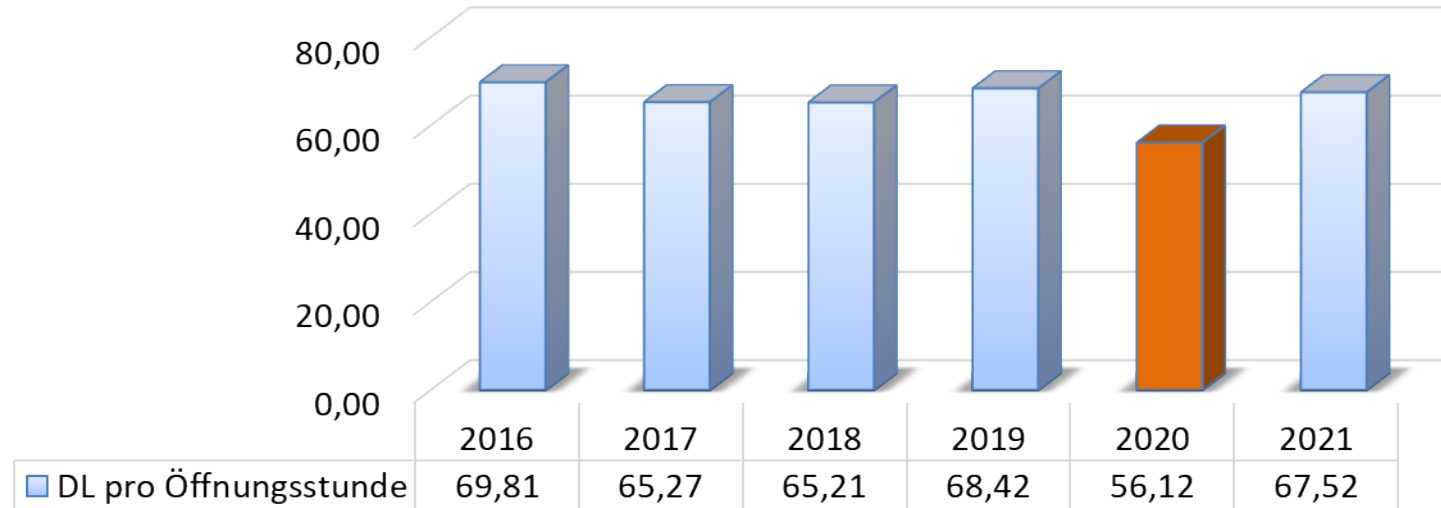
fürten zu mehr Dienstleistungsnachfragen bei gleichbleibender Anzahl von VZE (MA)



Öffnungsstunden pro Jahr



Dienstleistungen (DL) pro Öffnungsstunde



Technische Vorbereitung/Umsetzung in 2021/2022

- Raumerweiterung auf 2 Ebenen
- Zusätzliche Räume im Erdgeschoß des Stadthaus
- Ausstattung zusätzlicher Schalterarbeitsplätze



Personelle Maßnahmen für zusätzliche Schalterarbeitsplätze

- Bürgerservice von 12 auf 16 Schalter
- Kfz-Zulassung/FS-Angelegenheiten von 13 auf 17 Schalter; zusätzlich extra 5 Großkundenschalter

(Großkunden wie: Händler, Autohäuser, Zulassungsdienste)

- Schalterarbeitsplätze müssen mit Personal besetzt werden
- noch mehr Termine erst möglich, wenn alle Schalterarbeitsplätze zur Öffnungszeit durch MA besetzt sind

Lösungsansätze:

A) Stellenaufwuchs

- bedarfsgerechter Aufwuchs an Stellen
- Beachtung Quereinsteiger

Faktoren:

- Bewerberlage
- Einarbeitungszeit für neue MA und Bestands-MA die begleiten

2022

4 / 6 VZE

2023

2 VZE

2024

2 VZE

Personal

- Die Stellenzahl wird von 34 auf 40, statt 38 erhöht (erster Dienstbeginn im April, weitere Mai, Juni)
- Sofortige Entlastung der MA:in durch Ausführung von nicht hoheitlichen Prozessen durch befristete Beschäftigte (ab 06.04.2022) – dadurch Erhöhung der Schalterzeiten (Umfang etwas 5 VZE)
- Etablierung von Dauerausschreibungen und Initiativbewerbungen zur Vermeidung von Vakanzen durch Fluktuation

Terminvergabe

- Inbetriebnahme zusätzlicher Räumlichkeiten zur Beantragung und Abholung von Dokumenten
- **Im Umfang begrenzte Wiedereinführung Sprechstunden ohne vorherige Terminbuchung (Zettelvergabe, ab 10.04.2022)**
- Mittelfristige Einführung einer Buchungs-App, mit der die voraussichtliche Wartezeit eingesehen werden kann
- Ausweitung der einsehbaren Termine für Terminbuchungen **wird mit dem Anbieter verhandelt**

Technische Ausstattung



- Inbetriebnahme von Self-Service-Terminals zur automatisierten Erfassung biometrischer Daten
- Vorabübermittlung an jeweils zuständigen Mitarbeitenden
- Auftrag an den KIS ausgelöst – **umgehende Realisierung**

Technische Ausstattung



- Aufstellung von Abholautomaten
- Preisrecherche und Angebotsabfrage laufen



Weiteres Vorgehen

- Regelmäßige Berichterstattung im Hauptausschuss zunächst bis zum Sommer
- Prüfung weiterer technischer Lösungen und Modelle (Azubi-Bürgeramt – Kreuzberg; Popup Amt Bremen, Digitales Bürgerbüro Karlsruhe, Kooperationsmodell S-Sparkasse – Stadt Nürnberg, Außenstellen Magdeburg)
- Abschluss der Prüfungen Juni 2022



Vielen Dank
für die Aufmerksamkeit.